

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halber, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halber.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halber.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber.

Nr. 37

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halber

Montag, den 13. Februar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Hg., auswärts 50 Hg., im Restmetall 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Die Indexziffer.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Berechnungen sogenannter Indexziffern, die in der letzten Zeit so viel genannt werden und die angeblich, um wieviel in einer gewissen Zeit der Preis einer Ware gegenüber einem bestimmten, als Grundlage gewählten Preise gestiegen oder gefallen ist, werden im Wirtschaftsleben der Völker schon ziemlich lange angestellt. Dennoch blieb ihre Kenntnis sowie die praktische Anwendung zumeist auf die zukünftigen Wirtschaftler und auf Handelskreise beschränkt. Während des Weltkrieges konnte man schon weit häufiger als in Friedenszeiten Indexziffern, besonders des englischen Wirtschaftslebens in unseren Tageszeitungen finden. Nicht vollständig wurden die Indexziffern jedoch erst mit dem Augenblick, da nach dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch infolge der durchbaren uns auferlegten Friedensbedingungen und der ständig steigenden Papiergeldflut jeder feste Maßstab für Preisveränderungen verloren gegangen war. Angesichts unserer stetig schwankenden Währung mußte ein fester Maßstab gesucht werden, den man in der Indexziffer-Berechnung auch fand. Bei der Berechnung der Zahlen legte man die Ziffer 100 für die Jahre 1913 oder 1914 zugrunde. Leider gibt es heute eine verhältnismäßig große Anzahl dieser Indexziffern, die, jeweils nach verschiedenen Methoden und unter verschiedenen Gesichtspunkten aufgestellt, mit ihren naturgemäß auch völlig auseinandergehenden Resultaten verwirrend wirken. Eine Vereinheitlichung unter Zugrundelegung eines gewissen Normalsystems dürfte diesen Berechnungen zu größerer Volkstümlichkeit verhelfen.

Die meist genannte Maßzahl ist die Großhandelsziffer des statistischen Reichsamts zu Berlin, die den Preis von 38 Großhandelswaren im Jahre 1913 gleich 100 setzt und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung der betreffenden Waren das Verhältnis der Preise dieser Waren zum Friedenspreis berechnet. Nach den letzten Angaben über die Preisbewegung im Großhandel während des Dezember 1921 ist unter dem Einfluß der Kohlen- und Eisenpreiserhöhungen die Indexziffer von 3416 im Durchschnitt des Monats November auf 3487 im Durchschnitt des Monats Dezember gestiegen, d. h. es wird festgestellt, daß die Preishöhe der zur Berechnung gekommenen Großhandelswaren 34,87 mal so hoch wie im Frieden ist. Die Großhandelsziffer wirkt sich naturgemäß immer nach einer gewissen Zeit im Einzelhandel aus. Sie hängt eng mit dem Marktlage zusammen. Der Sturz der deutschen Mark spiegelt sich daher auch in den ständig steigenden Preisen des Einzelhandels wider, die der Berechnung der Kosten für die Lebenshaltung zugrundegelegt werden müssen. Hierfür gibt das genannte statistische Reichsamt ebenfalls sorgfältig berechnete Zahlen (die sogenannte Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten). Diese umfassen die Kosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande des letzten Wirtschaftsjahrs und liegen vom November zum Dezember von 1921 auf 1550, demnach um 155 Punkte oder 11 Prozent. Gegenüber dem Dezember 1920 beträgt die Steigerung 66 Prozent und gegenüber dem Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres, sogar 71 Prozent. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben allein hat eine beträchtliche Steigerung erfahren. Sie ist um 174 Punkte oder 9,1 Prozent auf 2038 gestiegen. Dieser Maßzahl für die Lebenshaltung liegt die Normalkonstruktion für eine fünfköpfige Familie (zwei Erwachsene und drei Kinder im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren) im Jahre 1913/14 zugrunde. Die letzten besonders stark gestiegenen Preise für Bekleidungsstoffe werden hier jedoch nicht berücksichtigt.

Nach anderer Art berechnet beispielsweise auch die Frankfurter Zeitung eine oft zitierte Indexziffer, die als Basis den Preisdurchschnitt von 77 Großhandelsartikeln nimmt. Von weiteren bemerkenswerten Maßzahlen privater Seite seien noch die von Mich. Callwer erwähnt, der seinen Berechnungen die Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie zugrunde legt und seine Indexziffern aus Zweckmäßigkeitsgründen in sogenannte „große“ bzw. „kleine Nationen“ einteilt. Auch die Indexziffern von Dr. Elsas in Frankfurt a. M. sind ihrer Genauigkeit und Vollständigkeit halber bemerkenswert. Während diese Zahlen vor allem den Preisdurchschnitt der Warenpreise bzw. Lebenshaltungskosten wiedergeben, beziehen sich verschiedene Indexziffern nur auf ganz bestimmte Orte. So berechnet Silbergleit tausend die Ernährungskosten für eine vierköpfige Familie in Berlin, wie auch hier die Preise für Berlin-Schöneberg ausstellt. Derartige Sonderuntersuchungen, zumeist von selten statistischer Art, liegen u. a. auch die Städte Leipzig, Kiel, Hannover, Nürnberg, Ludwigshafen, Erfurt, Magdeburg an und berücksichtigen nach den notwendigen Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung auch diejenigen für die Kleidung, deren Maßzahl sich bis zum Anfang Dezember vom Februar 1920 von durchschnittlich 1400 bis auf 2100 erhöht hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Besteuerung der Länder und Gemeinden.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurde das Vermögenssteuergesetz beraten. Eine von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen unterstützte Resolution Dr. Fischer-Röhl (Dem.), die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag eine Vorlage zugehen zu lassen, durch die

die Besteuerung der Länder und Gemeinden geregelt wird, wurde angenommen. Die Steuer soll vom 1. Januar 1923 ab erhoben werden. Reich, Länder und Gemeinden und die Unternehmungen, deren Erträge dieser ausschließlich zusteigen, sollen frei bleiben.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Der amerikanische demokratische Senator Ring kündigt an, er werde einen Pressfeldzug zugunsten der Bill begünstigen, die jetzt dem Rechtsausschuß vorliegt und die die Zurückgabe allen Eigentums an Deutsche in Amerika, das diesen während des Krieges genommen wurde, vorsieht. Er sagt: Wir sind jetzt eine Gläubigernation in der Höhe von 30 Milliarden Dollar, und wir sollten nicht einen Augenblick länger Privateigentum zurückhalten, um irgend welche anderen Ansprüche, die Amerika gegen seinen früheren Kriegsgegner haben mag, in Gegenrechnung zu bringen.

Die Auslieferung der spanischen Ministermörder.

Die Frage, ob die der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten beschuldigten und in Berlin befindlichen Personen an Spanien auszuliefern sind, soll von dem preussischen Staatsministerium in diesen Tagen entschieden werden. Es handelt sich bei dieser Entscheidung um eine Rechtsfrage. Der Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien verpflichtet zur Auslieferung eines Mörders, falls nicht ein politisches Verbrechen vorliegt. Nur für den Fall der Ermordung des Staatsoberhauptes gilt die Auslieferungspflicht.

Erfassung der verschobenen Vermögen?

Die französischen Blätter messen, die deutsche Regierung habe der Reparationskommission erklärt, daß sie die durch Kapitalflucht ins Ausland gelangten Vermögen durch internationale Abkommen zu erfassen suche. In dieser Richtung seien bereits Verhandlungen zwischen Deutschland und ausländischen Banken eingeleitet worden.

Das deutsche Eigentum in Eupen-Malmédy.

Die belgische Regierung erläßt eine Verordnung zur Milderung der bisher angeordneten Maßnahmen. Die Bestimmungen über die Beschlagnahme deutschen Eigentums sind dennoch nicht anwendbar in den neubelgischen, auf Grund des Versailler Vertrages abgetretenen Gebieten (Eupen-Malmédy), ebenso nicht auf die in den Gebieten von Eupen und Malmédy befindlichen Güter von deutschen Staatsangehörigen, vorausgesetzt, daß sie am Tage der Abtretung in den erwähnten Gebieten ihren Wohnsitz hatten. Von der Beschlagnahme sind befreit die Vermögensinteressen von Leuten, die in Belgien oder in den belgischen ihren Wohnsitz haben.

Die Schulgeldfrage in Preußen.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages gab ein Kommissar des Kultusministeriums eine Darlegung über die Schulgeldfrage. Seit dem 1. Oktober 1921 werden an staatlichen Anstalten 500 Mark erhoben, das Drei- bis Vierfache von 1914. Das Schulgeld hätte bisher etwa ein Drittel der auf jeden Schüler entfallenden Aufwendungen betragen. Gegen eine weitere Erhöhung sprechen ernste Bedenken, besonders Rücksichten auf den Mittelstand.

Beibehaltung der Getreidemlage für 1922/23.

Nach einer Mitteilung der Münchener Augsburger Abendzeitung beabsichtigt die Reichsregierung, auch für das Wirtschaftsjahr 1922/23 die Getreidemlage beizubehalten. Sie hat sich mit einer Umfrage an die Regierungen der Länder gewandt.

Heiratsordnung für Reichswehrsoldaten.

Eine Heiratsordnung für Angehörige der Wehrmacht ist vom Reichspräsidenten erlassen worden. Die vorgeschriebene Genehmigung wird in der Regel nicht vor Vollendung des 27. Lebensjahres erteilt. Gegen die Verweigerung der Genehmigung ist die Beschwerde zulässig. Voraussetzung ist, daß der Antragsteller und seine Braut schuldlos sind und die Führung des Haushaltes wirtschaftlich gesichert ist. Die zukünftige Ehefrau soll einen einwandfreien Ruf genießen, selbst achtbar sein und einer achtbaren Familie angehören. Befreiungen von der Altersgrenze sind nur in besonders begründeten Fällen zulässig.

Italien.

✕ **Austritt des Kabinetts Bonomi.** Das Ministerium unter dem Präsidium Bonomis ist, da es in der Kammer keine Mehrheit mehr für sich hatte, zurückgetreten. Der Austritt ist auf den Beschluß der Kammergruppe der Demokraten zurückzuführen, die beschlossen habe, zur Opposition überzugehen. Die Gründe für den Sturz Bonomis sollen mit dem Tode des Papstes Benedikt XV. zusammenhängen. Die Mehrheit der Kammer soll bei dem Ministerium zu große Geneigtheit voraussetzen, bei einer Fortsetzung der bisherigen päpstlichen Politik in der Frage der Beziehungen zwischen Staat und Kurie dem Vatikan entgegenzukommen.

Frankreich.

✕ Die französische Stellung zu den deutschen Reparationsvorschlägen. Präsident Poincaré hat an die alliierten Regierungen eine Note gerichtet, um sie über ihre Meinung über das bezüglich der deutschen Reparationsvorschläge zu befolgende Verfahren zu befragen. Er erklärte, die französische Regierung sei dafür, daß die Frage der Zahlungen und der vom Deutschen Reich zu fordernden Garantien von der Reparationskommission geregelt werde. Bis jetzt ist in Paris noch keine Antwort eingetroffen. Der deutsche Staatssekretär Bergmann ist in Paris zu einer Reihe von Besprechungen eingetroffen, die in mehr oder weniger direktem Zusammenhang mit der Regelung der Reparationsfrage stehen.

Amerika.

✕ **China erhält Wei-Hei-Wei zurück.** In der letzten Sitzung der Konferenz wurden die verschiedenen auf China bezüglichen Resolutionen angenommen. Das Marineabkommen wurde ebenfalls von den Vertretern der fünf beteiligten Großmächte angenommen, ebenso eine Erklärung, in der die Mächte China auffordern, die effektive Stärke seiner Truppen herabzusetzen. Staatssekretär Hughes machte unter großem Beifall die Mitteilung, daß die Schantungfrage geregelt sei. Balfour erklärte, Großbritannien habe die Absicht, Wei-Hei-Wei an China zurückzugeben.

Russ In- und Ausland.

Berlin. Der Generaldirektor Friß hat zum Reichskommissar zur Ausführung von Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten und zum Präsidenten der Reichsrückföhrungskommission ernannt worden.

Oppein. Die französische Regierung hat Auskünfte über den Zwischenfall in Petersdorf bei Gleiwitz eingeholt, bei denen eine Schießerei zwischen Zivilisten und französischen Soldaten stattfand.

Paris. Die Nachricht, die französische Regierung beabsichtige, den Gesandten in Berlin die Reorganisation des Heeres zurückzugeben, wird dementiert.

Rom. Donnerstag hat das Konklave zur Papstwahl offiziell begonnen.

Rimini. Nach einer Sitzung des verfassunggebenden Parlaments wurde auf den Regierungschef Zanella während seiner Fahrt über den Rathausplatz ein Bombenanschlag verübt. Zanella, sein Sekretär sowie der Chauffeur und einige weitere Personen wurden leicht verletzt.

München. Der Finanzausschuß des Landtages forberte die Regierung auf, bis zum 1. Juli 1922 dem Landtag eine Vorlage über die Vereinfachung der Staatsverwaltung, insbesondere über die Vereinfachung der Ministerien, zu unterbreiten.

Paris. Die sozialistische Kammerfraktion hat in ihrer Sitzung den Abgeordneten Paul Boncour beauftragt, einen Gesandtschaftsbesuch einzubringen, durch den die Dienstadt für das Heer auf 8 Monate herabgesetzt wird.

London. Der gemeinsame Ausschuss der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftsverbandes hat eine Entschließung angenommen, die sich gegen den geplanten englisch-französischen Garantiepakt wendet.

Warschau. Vom 1. Februar ab übernimmt die polnische Eisenbahnverwaltung die Haftung für die Warentransporte.

Rom. Die eigentliche Wahlversammlung der Kardinäle im Konklave hat nach Beendigung der einleitenden Zeremonien begonnen.

Poincarés Geschick.

Ein Glüd, daß nicht auch der Telegraphenverkehr in und nach Deutschland schon gestört ist. Sonst hätte für Herrn Poincaré, den großmächtigen Herrn von Frankreich, keine Möglichkeit bestanden, der deutschen Regierung wieder einmal eine Strafnote zuzustellen, wie wir sie von Paris nun schon im Laufe der Jahre zu Dutzenden empfangen haben. Diesmal handelt es sich nicht um unerfüllte gebliebene Verpflichtungen, nicht um Respektlosigkeiten gegen weiße oder schwarze Franzosen am Rhein, diesmal haben es Herrn Poincaré die Vorgänge in der Nähe von Gleiwitz angetan, wo bei einer nächtlichen Schießerei einige französische Soldaten zu Schaden gekommen sein sollen.

Der Tatbestand ist noch nicht aufgeklärt. Soviel bis jetzt feststeht, sind nicht zwei Franzosen, sondern zwei deutsche Staatsbürger bei dieser Gelegenheit ums Leben gekommen. Die Disziplin soll gerade im Begriff gestanden haben, ein erhebliches polnisches Waffenlager aufzuräumen, als französische Verrat diese im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gelegene Maßnahme vereitelte. Darauf wollten deutsche Einwohner von Petersdorf versuchen, in einer Schule untergebrachte deutsche Waffen wieder frei zu bekommen, doch auch hier soll abermals Verrat geübt worden sein, so daß es zum Blutvergießen kam. Darob natürlich großes Geschrei in Paris. Der französische Botschafter in Berlin, der eben im Begriff war, mit Urlaub nach Hause zu fahren, wurde angewiesen, auf seinem Posten zu bleiben, und nunmehr der deutschen Regierung die fällige Note zu überreichen. Was sie enthält, kann man sich denken. Die Reichsregierung wird für den Angriff in Petersdorf verantwortlich gemacht und volle Genugtuung von ihr verlangt. Man fordert die Einleitung einer gründlichen Untersuchung seitens der deutschen Behörden, die Bestrafung der Schuldigen und eine angemessene Entschädigung für die Opfer. Die französische Regierung behält sich überdies das Recht vor, energigreich einzugreifen, wenn die Ergebnisse der deutschen Untersuchung und die daraufhin zu gebende Genugtuung ihr ungenügend erscheinen sollten. Wobei Herr Poincaré nur die eine Meinung völlig übersehen hat, daß Petersdorf im obersteilsten Abstimmungsgebiet gelegen ist, wo bekanntlich die deutschen Behörden seit Jahr und Tag gar nichts zu sagen haben und wo auch heute noch die internationalisierte Kommission allein zu befehlen und die ausschließliche Verantwortung für alles, was geschieht oder unterbleibt, zu tragen hat. Daß dem so ist, daß die angestammten Behörden immer noch zusehen müssen, wie fremde Gewalttäter dieses deutsche Gebiet mißhandeln, ist wahrhaftig nicht deutsche Schuld. Wer aber einmal die Verantwortung trägt, soll auch freudigst selber vor seiner Läre stehen und nicht, wenn etwas geschieht, was ihm unangenehm ist, sich den deutschen Michel als Briggungsen heranziehen. Wunder genug, daß die deutschen Oberschleier sich diese Wirtschaft solange ruhigen Blutes gefallen lassen haben. Wenn ihnen schließlich einmal aus einem bestimmten Anlaß die Galle übergelaufen ist, so muß Herr Poincaré selber nachsehen, wen da

für die Schuld trifft. Die deutsche Regierung wird erst dann wieder ihre Autorität in diesem Lande aufzurichten haben, wenn die französische Besatzung dem Lande den Rücken gekehrt hat. Ob Herr Poincaré wirklich nicht weiß, was seines Amtes ist, oder ob er sich nur so unwissend stellt, weil es ihm vielleicht in der augenblicklichen Situation gelegen kommt, sich Deutschland wieder einmal als Nachgefolg mit dem Schwert in der Hand entgegenzusetzen, darüber darf sich wohl jeder seine eigenen Gedanken machen.

Von der deutschen Regierung jedenfalls wird man erwarten, daß sie ungesäumt die französische Note zurückweist und vielmehr ihrerseits die Schuld- und Verantwortlichkeitsfrage aufwirft. Sie ist es, die in diesem Falle als Ankläger aufzutreten hat und nicht Frankreich.

Reichsbeteiligung bei Industriewerken.

Umwandlung in Aktiengesellschaften.

Zu einer größeren Aussprache führte im Hauptausschuß die Frage der Beteiligung des Reiches an industriellen und kaufmännischen Unternehmungen. Oberregierungsrat Dr. Reiz vom Reichsfinanzministerium teilte mit, daß das Reich die sämtlichen bisher für unmittelbare Rechnung des Reiches betriebenen reichseigenen Unternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt habe. Bei ihnen besitze das Reich sämtliche Aktien. Im übrigen sei das Reich entweder mit mehr als der Hälfte des Kapitals oder je nach der historischen Entwicklung mit geringeren Beiträgen beteiligt. Den ausgesprochenen Wünschen nach jährlicher Vorlegung einer Denkschrift über den Stand dieser industriellen Unternehmungen wurde Erfüllung zugesagt. Auf weitere Anfragen nach der Stellung der Beamten, die zugleich als Aufsichtsratsmitglieder in den Gesellschaften tätig seien, erwiderte der Regierungsvertreter, daß eine solche Doppelfunktion als Beamte und als Aufsichtsratsmitglied bisher praktisch noch zu keinen Schwierigkeiten geführt habe und solche in Zukunft wohl auch kaum zu befürchten seien.

Maßnahmen wegen der Brotpreiserhöhung.

Die Ernährung gesichert.

Die bevorstehende Herabsetzung der Reichszuschüsse zur Verbilligung der Brotpreise wurde im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats besprochen. In der Aussprache wurde betont, daß die damit ein tretende Brotverknappung um fast das Doppelte für alle Lohn-, Gehalts- und Renteneinpfänger augenblicklich nur durch eine Erhöhung der Bezüge der Betroffenen behoben werden könne; eine umfassende Produktionssteigerung sei jedoch dabei unbedingt notwendig. Der Ausschuß faßte darauf eine Entschließung, in der erklärt wurde: „Der Beschluß des Reichstages vom 1. März 1922 über die Verbilligung des Brotgetreides aufgewendeten Zuschüsse ist durch die Forderungen der Vertreter der Entente veranlaßt worden. Auch bei Erhöhung des Brotpreises um 75 Prozent sind im laufenden Erntejahr noch 10,6 Milliarden Mark für Zuschüsse aus Reichsmitteln vorgesehen, um eine noch stärkere Erhöhung der Brotpreise zu verhindern. Der Ausschuß fordert die Regierung auf, dahin zu wirken, daß Maßnahmen ergriffen werden, durch die die Lohn-, Gehalts-, Renteneinpfänger und erwerbs unfähigen Kleinrentner in den Stand gesetzt werden, die Folgen der Brotpreiserhöhung in ihrer vollen Auswirkung zu tragen. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie für die Übergangszeit von der alten zur neuen Ernte ausreichende Getreidereserven beschafft, damit nicht zum hohen Brotpreis auch noch eine Brotnappheit hinzutritt.“

In diesem Zusammenhang ist eine neue Erklärung des bayerischen Landwirtschaftsministers im Landtag bemerkenswert, daß die Ernährung im Reich und im Lande bis Ende des laufenden Wirtschaftsjahres gesichert sei.

Die Schlichtungsordnung.

Annahme der Regierungsvorlage im Reichsrat.

Gegen die Stimme Sachsens hat der Reichsrat den Entwurf einer Schlichtungsordnung im großen und ganzen nach der Regierungsvorlage angenommen. Danach gehen die Selbstverwaltungsorgane, also die zwischen den Organisationen bestimmten Instanzen, bei einem Streikfall voran, erst bei deren Versagen kommen die behördlichen Stellen in Kräfte.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.

Hier war er eines Tages auch durch Zufall seinem einstigen Schulkameraden Fritz von Schmettau begegnet, der durch ein Kommando zur Kriegsakademie aus Ostpreußen nach Berlin verschlagen worden war und mit Freunden die günstige Gelegenheit ergriffen hatte, sich durch einen weiterfahrenen Freund in die exklusive Gesellschaft des Berliner Westens einführen zu lassen.

„Donnerwetter, hier geht es aber ein wenig anders zu als auf unseren ostelbischen Kommisspess!“

Mit einer unsicheren Bewegung tastete der blonde Artillerist unwillkürlich wie hilflos nach dem Arm seines Begleiters, als sich die Tür des Empfangsaals hinter den beiden Herren geschlossen hatte und das strahlende Licht der riesenhaften Kristallkrone mit den tausend wehenden Kerzenflammen sie mit blendender Helle umflutete.

Mit einem belustigten Lächeln sah Kurt halb zurück. „Mut, Schmettau!“ raunte er leise. „Nur erst den offiziellen Courtinier erledigt, dann tauchen wir sofort in der allgemeinen Masse unter!“

Und mit bewundernswürdiger Gewandtheit bahnte er sich durch das Gewühl der Fräulein und leichten Toiletten einen Weg bis zur Frau des Hauses.

Schmettau folgte dem Freunde mit automatischer Sicherheit, verneigte sich gleich ihm über ein Duzend reichbegüterter Damenhände, stellte sich mit unverstänlichem Murren einer endlosen Reihe erstarrter Herren vor und sah sich dann plötzlich der schlanken Jugendgestalt Lottes gegenüber, die gerade aus dem anstößenden Wintergarten hereintrat.

„Guten Tag, Herr von Schmettau!“ bewillkommnete sie den jungen Offizier, ihren breiten Fächer anmutig bewegend.

„Haben Sie Ihren Freund Rasmus nicht mitgebracht?“

„Gewiß, gnädiges Fräulein!“ stotterte der Artillerist.

„Ich habe Kurt erst in diesem Moment von meiner Rechten verloren. Da kommt er übrigens in höchstgeiziger Person!“ schloß er, distret zur Seite tretend, als Kurt sich jetzt aus einer Gruppe junger Damen löste und hastig auf den Eingang des Wintergartens zuschritt.

Die Liebenden begrüßten sich mit einem stillen, herzlichen Händedruck, dann reckte sich Kurt höher empor, sein Blick glitt

Der Anrufungszwang

kommt in Frage, wenn bei einer Gesamtschlichtung keine Einigung zustande kommt. Dann soll vor Verhängung von Aussperrungen oder der Vornahme der Arbeitseinstellungen die Schlichtungsstelle angerufen werden. Aussperrungen und Arbeitseinstellungen müssen in geheimer Abstimmung mit mindestens Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Ein Gewerbeaufsichtsbeamter soll zur Kontrolle der Abstimmung zugezogen werden. Drei Tage sollen mindestens zwischen der Zustellung eines Schiedsspruchs und dem Beginn eines Kampfes liegen.

Gemeinnützige Betriebe.

Die gemeinnützigen Betriebe wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, nehmen eine Ausnahmestellung ein, als hier die Schlichtungsbehörden auch von Amts wegen tätig sein können; es wird eine besondere Beschleunigung des Verfahrens vorgesehen. Die Verbindlichkeit eines Schiedsspruchs kann auf Antrag der Obersten Landesbehörde oder des Reichsministers des Innern ausgesprochen werden, und nicht nur auf Antrag der Beteiligten. Als Rechtsmittel ist lediglich Einspruch vorgesehen wegen Mängel beim Verfahren oder wegen Gesetzesverletzung.

Das Reich soll die Gesamtkosten des Verfahrens tragen. Die Sonderschlichtungsbehörden für die Arbeiter, die in Unternehmungen und Verwaltungen des Reiches beschäftigt sind, wurden durch den Reichsrat aus dem Entwurf befreit. Der Vorsitzende und die Beisitzer der Landesschlichtungsstellen sollen auf Lebenszeit bestellt werden ohne Mitwirkung der Bezirkswirtschaftsräte. Die Regierungsvorlage wollte die Anstellung auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist.

Gesandter Dr. Gradnauer erklärte namens der sächsischen Regierung, daß der Entwurf für diese nicht annehmbar sei, weil eine sehr weitgehende Bindung der Arbeitnehmer vorgezogen sei, die in einen Ausstand eintreten wollten.

Soziales und Provinzielles.

Salzer, den 13. Februar 1922

□ Zur Wetterlage. Wie zu erwarten war, pflanzte sich die Erwärmung, die Ende der letzten Januarwoche im Westen einsetzte, langsam ostwärts fort. Im großen und ganzen war bei Beginn des Februar West- und Südwestdeutschland frostfrei, während in Mittel- und Ostdeutschland gelinder Frost anhielt. Von dem auf dem Atlantischen Ozean liegenden Tiefdruckgebiet lösten sich immer wieder neue Teillöcher, bei deren Vorüberzug im Westen weitverbreitete Regenfälle, in Mitteldeutschland zum Teil recht ergiebige Schneefälle eintraten. Da die Luftdruckverteilung auch jetzt noch außerordentlich unregelmäßig ist, darf man auch für die nächsten Tage mit veränderlichem Wetter rechnen; die Temperaturen dürften in Mittel- und Ostdeutschland um den Gefrierpunkt schwanken. In Westdeutschland ist mit einer Fortdauer des regnerischen Wetters zu rechnen.

—* Wieder Kraftstrom. Wie das Kommunale Elektrizitätswerk Mark bekannt gibt, ist die Lieferung von Kraftstrom für industrielle Zwecke ab Samstag wieder aufgenommen.

—* Der Erreger der Maul- und Klauenseuche. Man schreibt: Bekanntlich war bis jetzt der Erreger der Maul- und Klauenseuche nicht bekannt. Es war weder gelungen, ihn im Mikroskop nachzuweisen, noch ihn auf Nährböden zu züchten, obwohl die Forschungsanstalten schon seit Jahren emsig an der Arbeit gewesen sind. Nun ist es neuerdings nach einer Veröffentlichung in der neuesten Nummer der Berliner tierärztlichen Wochenschrift Dr. Tige von der Veterinärabteilung des Reichsgesundheitsamtes gelungen, den Erreger in beforschten zusammengefügten Nährböden wenigstens zur Vermehrung zu bringen. Mikroskopisch ließ sich allerdings weder in gefärbten Präparaten noch im Dunkelfeld die Morphologie der kleinsten Gebilde feststellen. Daß die Trübungen in den Nährböden spezifischer Natur waren, glaubt Dr. Tige im Experiment festgestellt zu haben. Die Forschungen werden fortgesetzt.

—* Die Wegemarkierung im Bergischen Land. Der Verband Bergischer Verkehrsvereine hat sich seit dem Jahre 1907 mit der Wegemarkierung beschäftigt und

dieselbe 1910 durchgeführt. Damals haben viele Gemeinden versagt, teils wegen des fehlenden Verständnisses, teils wegen Fehlen der geeigneten Kräfte. Die Markierung konnte deshalb nicht einheitlich gestaltet werden und so blieben noch manche Strecken lückenhaft; auch hatten sich die vielen bunten Zeichen nicht bewährt. Schon im Jahre 1914 dachte man daran, eine neue Wegebezeichnung anzubringen, doch warf der Krieg alles über den Haufen. Erst 1920 begannen die neuen Verhandlungen des Wegeauschusses des V. B. L. und im Frühjahr 1921 konnten den Gemeinden, Verkehrs- und Verschönerungsvereinen die neuen Ausführungspläne zugesandt werden. Man wählte jedoch statt der bunten Zeichen das liegende weiße Andreaskreuz. Auch jetzt wieder, vielleicht noch schlimmer wie 1910 blieben die Gemeinden mit den Ausführungen zurück. Inzwischen hatte sich der Verein Bergisch Land gebildet, der neben Erschließung des Bergischen Landes auch die Wegemarkierung auf sein Programm gesetzt hat. Mit diesem Verein hat der V. B. L. eine Arbeitsgemeinschaft gebildet und so hofft man, den Plan der Markierung durchführen zu können, wenn auch noch eine geraume Zeit dazu notwendig ist. Der Verein Bergisch Land Barmen hat nun mit verschiedenen anderen Wandervereinen und Ortsgruppen eine Organisation geschaffen, welche das ganze Bergische Land von der Ruhr bis zur Sieg auf Wegezeichen nachprüfen und da, wo solche fehlen, gleich anbringen will. Es ergeht deshalb an alle Besitzer von Waldungen, an die Landwirte und Gemeinden die Bitte, diesen Herren Markierern, die die Arbeit in uneigennütziger Weise, ganz allein aus idealen Gründen, übernommen haben, in jeder Weise entgegenkommen zu zeigen, da die Wegebezeichnung dazu dienen soll, der Allgemeinheit unser schönes Bergisches Land noch mehr zu erschließen, zur Erholung und Gesundung der Menschen.

Kierspe-Whf., 11. Febr. Der Bahnhofsvorsteher Gosewinkel ist von hier nach Schalksmühle versetzt, an seine Stelle ist der Bahnhofsvorsteher Herwig von Meinerzhagen getreten. Der Betriebsassistent Stahlschmidt wird am 1. März von hier nach Niederfahrl bei Königswinter versetzt.

Milspe, 10. Febr. Ein Opfer der Kälte wurde der K. von hier. Er kroch am Montag dieser Woche wahrscheinlich im trunkenen Zustande, in das Heu einer Scheune in Berninghausen, so daß die Unterschenkel unbedeckt blieben und ihm infolge der großen Kälte die Beine bis zu den Knien erfroren. Nachdem der Unglückliche zwei Tage in diesem Zustande im Heu gelegen hatte, trafen ihn Bewohner wie er gestern morgen auf allen Bieren durch den Schnee kroch, um zu mitleidigen Menschen zu gelangen. Er wurde ins nächstgelegene Haus getragen, von wo ihn die Sanitätskolonne ins Krankenhaus nach Gevelsberg brachte. Wahrscheinlich müssen dem Bedauernswerten beide Beine abgenommen werden.

Witten, 10. Febr. Um die Liebe zum Vaterlande und der engeren Heimat zu fördern, hat sich der Stadtausschuß für Jugendpflege entschlossen, Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung von Jugendpflegern einzurichten. Es soll die Pflege des Volksliedes durch Einübung der schönsten Stücke und die theoretische Unterweisung in der Notenschrift betrieben werden. Daran wird sich ein Wanderlehrgang schließen, für den ein auf diesem Gebiete bewährter Führer gewonnen werden soll.

Eibfeld, 10. Febr. Metallarbeiterbewegung im Wuppertal. Die Metallarbeiter des Wuppertal-Langerfelder Bezirks stehen ebenfalls in einer Tarifbewegung. Der Schlichtungsausschuß hat einen Schiedsspruch gefällt, über dessen Annahme noch Verhandlungen schweben.

Koblenz, 10. Febr. Nachdem der Rhein bis gestern frei von Eis geblieben war, entstand nachmittags so starkes Eistreben, daß die Schiffsbrücke ausgefahren werden mußte. Die Mosel führt schon seit einigen Tagen in der ganzen Breite schweres Treibeis. Der Laacher See ist bis auf ein kleines Stück zugefroren.

wieder der ihr und verlangt man beharrlich zu sich! Ich mußte mich erst hinter Papa stellen, daß es bei der alten Ordnung blieb und ich dich als Tischherrn behielt.“

„Ich werde Herrn Laudon bei der nächsten Gelegenheit eine Bittschrift erteilen, die ihm seine Zudringlichkeit für alle Zeit verleiht!“ fuhr Kurt zornig auf.

„Um Himmelswillen, Kurt, sprich nicht so laut!“ Mit ängstlicher Miene sah Lotte nach dem Empfangsaal hinüber.

„Du weißt doch,“ fuhr sie dann leidenschaftlich fort, „daß ich nur dich allein liebe und niemals von dir ablassen werde! Komme, was da wolle!“

Noch ein letzter Kuß, heiß, erstickend, dann riß sich das junge Mädchen schweratmend los und glitt durch die grüne Wälder der exotischen Pflanzengruppen geräuschlos zum Eingang des Wintergartens hinaus.

3.

Seit einer Stunde bereits sah man bei Tisch. Die rotbeschrifteten Lampen warfen einen weichen Dämmerglanz auf den schweren Damast der Gebete, die geschliffenen Gläser und feingliedrigen Bestecke.

Der Frühling hatte den Tafelarrangements zum Muster gedient; so neigten sich denn rechts und links aus den silbernen Schalen und Vasen blühende Fliederzweige und Maiglöckchensträuße; schwandend grüne Ranken umzogen die Arme der Kronleuchter, riesige Lorbeerbäume flankierten die Anrichtische, feierlich ernst schauten die Ephebbügel des reich geschnittenen Bistetts zwischen den weitläufigen Stuhlbeinen hervor.

Und über dem Ganzen das zitternde, feuchtsüchtige Singen der Zigeunerorgeln in den tiefen, wiegenden Rhythmen eines Straußschen Walzers, bald lautlos flüsternd wie der Nachtwind auf ferner Bußstapfe, bald siegreich jauchzend und schwelkend wie ein Sturm im Frühlingswehen. — — — Man speiste an kleinen Tischen zu sechs Personen, deren jeder einzelne durch die Wahl der Blumen und Beleuchtungs-Werper einen besonderen Charakter erhalten hatte.

Lotte hatte ihren Platz umweit der Musikempore gewählt, von wo aus sie den Saal in seiner ganzen Ausdehnung überblicken und die Tätigkeit der Dienerschaft, deren Oberleitung man ihrem bewährten Direktorialtalent anvertraut hatte, am leichtesten überwachen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

A Kochsalz aus dem Meerwasser. In Norwegen trifft man Vorkehrungen, um das im Meerwasser enthaltene Salz zu Kochsalz zu verwandeln zu machen. Man will so wohl im Süden wie auch im Norden des Landes je eine große Anlage errichten und in diesen teils durch riesige Wasserfälle, teils durch ein industrielltes Werk mit elektrischer Kraft versorgten Salzanlagen mindestens die Salz mengen herstellen, die für den eigenen Bedarf des Landes gebraucht werden. Diese Mengen betragen jährlich unge fähr 300 000 Tonnen. Verwendung fände das auf diese Weise nutzbar gemachte Meerwasser hauptsächlich in der In dustrie. Bei der Verarbeitung des Meerwassers wird man abgesehen von verschiedenen anderen wertvollen Stoffen er halten, und zwar in ziemlich ansehnlicher Menge Gips, Chloralkali und Brom, daneben Chlormagnesium, schwefelsaure Magnesia und Glaubersalz, die man ihrerseits natürlich auch wieder einer besonderen Verwendung zuführen kann. Jedenfalls dürften sich die vorläufig noch ziemlich kostspieligen Einrichtungen zur Salzgewinnung aus dem Meerwasser und der Verarbeitung des Kochsalzes zu Kochsalz mit der Zeit gut bezahlt machen.

A Der achtzigjährige Georg Brandes. Georg Brandes, der berühmte Literaturhistoriker, vollendet am 4. Februar sein achtzigstes Lebensjahr. Brandes ist Däne, aber die meisten seiner geistvollen Werke sind, zum Teil von ihm selbst übersetzt, auch in deutscher Sprache erschienen und haben ihm, der von 1877 bis 1883 in Berlin lebte, einen Ehrenplatz auch in der deutschen Literaturgeschichte ge sichert. Geradezu bahnbrechend wirkte sein Hauptwerk „Hauptströmungen in der Literatur des 19. Jahrhunderts“, ein fesselndes Bild der geistigen Bewegung, die mit dem Anfang des 19. Jahrhunderts die Literaturen der Haupt völker Europas erfasst hatte.

A Die Briefe der Königin Viktoria. Im Jahre 1907 er schienen mit Erlaubnis Eduards VII. eine Sammlung von Briefen der Königin Viktoria von England. In dieser Veröffentlichung war jedoch eine Reihe sehr interessanter Briefe, die in dem Zeitraum zwischen der Thronbesteigung der Königin im Jahre 1837 und dem Tode des Prinzege mals im Jahre 1861 geschrieben waren und aus politi schen Gründen einer Veröffentlichung nicht zugänglich schienen, nicht enthalten. Mit Rücksicht auf die veränderte poli tische Lage in Europa hat Königin Georga jetzt die Ermächti gung erteilt, auch diese Briefe der Öffentlichkeit zu über geben; sie werden in England mit großer Spannung er wartet.

A Die heilkräftigen Hosen. In einem Londoner Blatt erzählt ein Berichterstatter ein kurioses Beispiel volks tümlicher Heilkunde: Als er kürzlich über Land ging, geriet er auf der Landstraße mit einem alten Fuhrmann ins Ge spräch. Im Laufe der Unterhaltung kam man auch auf den Rheumatismus zu sprechen. Der Fuhrmann sagte, er sei seit einigen Jahren ganz frei davon geworden, und zwar durch ein einfaches Mittel: er zehnte dabei auf seine Hosen. Der andere mochte kein sehr geistreiches Gesicht ge macht haben. Da sagte ihm der Alte auseinander, daß er seit 12 Jahren immer dieselben Hosen getragen habe. „Aber wenn Sie zu Bett gingen, haben Sie sie doch abge legt?“ fragte der Journalist. „Gott bewahre“, erklärte der Fuhrmann, „ich ziehe die Hosen nie aus. Dem verdanke ich ja gerade die Heilung von dem Rheumatismus, der mich jahrelang gequält hat und gegen den kein Mittel hel fen wollte. Wenn Sie jemals vom Rheuma befallen wer den, versuchen Sie es mit meinem Rezept. Sie werden sehen, daß Sie nie wieder etwas von Rheumatismus ver spüren werden!“

A Noch mehr Särm. Ein Herr in Wien hat einen Auto apparat erfunden, der durch ein lautes Luten anzeigt, daß ein Auto zu schnell fährt. Der Erfinder läßt von einem der Räder des Wagens eine kleine Luftpumpe treiben, die einen Windstapel mit Luft füllt. Ein Zehner am Ressel regt die Geschwindigkeit an. Wird nun die Grenze der zuläs sigen Schnelligkeit überschritten, so wirkt der Zehner auf ein Ventil ein. Die Luft strömt aus und setzt eine Sirene in Tätigkeit. Und auf diese einfache Weise glaubt der Er finder, dem Autoschrecken steuern zu können.

A Entensjagd mit Kanonen. Zu den lustigsten Jagd arten, deren sich die Menschen bedienen, gehören ohne Zweifel die in China vielfach üblichen Entenschießereien, bei denen als Jagdwaffen — Kanonen verwendet werden. Diese wunderliche Jagdmethode hat sich indes, so merk würdig es auch klingt, bis jetzt recht gut bewährt. Auf den sehr ausgedehnten Reisfeldern sammeln sich fast stets große Massen von Wildenten an, die, weil sie die Felder beträf flich schädigen, eifrig verfolgt werden. Mit den bei uns üblichen Jagdmethoden stöße man diesen Vögelmassen gegenüber — es fehlt auch wohl an geübten Jägern — nicht viel machen. Deshalb pflegt man die Enten, die durch die Reie Verfolgung sehr schon geworden sind, zunächst durch allerhand Mittel anzulocken und festzubinden, um dann, wenn alle an einer Stelle zusammen sind, eine mit grobem Schrot geladene Kanone mitten unter sie abzu schießen. Die Jagdergebnisse sind natürlich fast immer pläztend, da die aufsteigenden Vögel durch die aufziehende Schmutzwolke in ansehnlichen Mengen „zur Strecke“ ge bracht werden.

Welt- und Volkswirtschaft.

*** Die Leipziger Messe.** Im Anschluß an den Beschluß der Preussischen Landesversammlung, für die Erwirkung einer Reichsbeihilfe an die preussischen Grenzmesse einzutreten, ist im Sächsischen Landtag folgender Antrag gestellt worden: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, erstens bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Leipziger Messe als einzige allgemeine Mustermesse Deutsch lands entsprechend unterstützt und daß alles unterlassen wird, was sie in ihrer Stellung als einzige allgemeine Mustermesse irgendwie beeinträchtigen könnte, zweitens den mit einer Mil lion Mark im Staatshaushaltsplan für 1922 eingelegten Zu schuß für die Leipziger Messe auf 2½ Millionen Mark zu erhöhen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (12½ Millionen gewerkschaftlich Or ganisierte.) Nach den Aufstellungen der Verbände sind gegenwärtig in Deutschland insgesamt etwa 12 530 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte organisiert. Hierunter entfallen auf die freien sozialistischen Gewerkschaften 7 600 000 Arbeiter, 750 000 Angestellte; die christlichen Gewerkschaften (D. G. V.) 1 030 000 Arbeiter, 460 000 Angestellte, 240 000 Beamte; die selbstständigen nationalen Gewerkschaften (Gewerkschaftsring): 220 000 Arbeiter, 360 000 Angestellte, 85 000 Beamte; selbstän dige Verbände (einschließlich des Deutschen Beamtenbundes): 110 000 Arbeiter, 95 000 Angestellte, 1 050 000 Beamte; kom munistische und sozialistische Verbände: 240 000 Arbeiter, 6000 Angestellte; wirtschaftsrechtliche und konfessionelle Ver bände: 260 000 Arbeiter, 18 000 Angestellte, 5000 Beamte.

Halle (Saale). Gesteigerter Tarifverhand lungen im Braunkohlenbergbau.) Die Verhand lungen über den Manteltarif im mitteldeutschen Braunkohlen bergbau, die unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichs arbeitsministeriums geführt wurden, sind nach zweitägiger Dauer als gescheitert zu betrachten. — Die anschließenden Lohnverhandlungen wurden ebenfalls ergebnislos abgebrochen.

Prag. (Ausrufung des Generalstreiks im böhmischen Braunkohlenbergbau.) Bei den ein geleiteten Verhandlungen beharrten die Arbeitervertreter auf dem Beschluß, nach dem die Löhne im gleichen Verhältnis, in dem die Lebensmittelpreise seit dem 31. Dezember steigen oder fallen, erhöht oder herabgesetzt werden sollen, während die Grubenbesitzer dieser Forderung nicht zustimmten. Die drei konfliktierten Bergarbeiterverbände haben daher in einem Auf ruf an alle Bergarbeiter den Generalstreik in der ganzen Re gion proklamiert, der sofort zu beginnen hat. Die Sicher heitsarbeiten sollen verrichtet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der Pönsid-Prozess vor dem Reichsgericht. Die Reichs bittkammer in Potsdam hatte im Juni v. Js. den Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Pönsid wegen Dienstvergehens mit einer Verwarnung bestraft, weil er den preussischen Ministerpräsidenten Braun in der Presse ange griffen hatte. Auf die Verurteilung beider Parteien hob das Reichsgericht das Potsdamer Urteil auf und verurteilte Dr. Pönsid zu 3000 Mark Geldstrafe und Strafverbot.

§ Ein journalistischer Expreßer. Der Herausgeber des Be trauer Senationsblattes „Neueste Nachrichten“, Arthur Reil, ein schon vielfach vorbestrafter Mensch, und der angebliche Detek tiv Max Lewandowski hatten sich vor dem Schönhengericht Berlin-Mitte wegen Erpressung zu verantworten. Reil wollte einen sensationellen Artikel über Nachträge, die ein Berliner Bankier sich von einem vierzehnjährigen Mädchen hatte vorzuzahlen lassen, veröffentlichten. Die Veröffentlichung sollte dann, jedoch unterbleiben, wenn der beschuldigte Bankier sich bereit erklärte, die bereits entstandenen Kosten in Höhe von 2000 Mark zu erlegen. Das Gericht verurteilte Reil zu einem Jahr, Lewandowski, der den Ermittler gespielt hatte, zu drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gegen Reil ein Jahr Zuchthaus beantragt.

§ Das Beschlische Mietseinspruchsamt. Der Vorstehen der Beisitzer und der Protokollführer eines Berliner Miets einigungsamtes hatten sich vor der Strafkammer des Land gerichts II in Berlin wegen Beschlischeit zu verantworten. Sie hatten sich in schiedsrichterlicher Eigenschaft von einer der sich gegenüberstehenden Parteien für Erstattung eines juristi schen Gutachtens und für Beschlachtungen 5500 Mark zahlen lassen und das Geld unter sich geteilt. In der Verhandlung erklärten sie, sie seien sich eines Unrechtes nicht bewußt ge wesen, da auch in anderen Einigungsämtern solche „Gebühren zahlungen“ üblich gewesen seien. Das Gericht verurteilte den Vorstehenden des Einigungsamtes, den früheren Rechtsanwält und jetzigen preussischen Regierungsrat Helfft, zu zwei Wochen, die beiden Beisitzer Architekt Loeßl und Rentner Kirmice zu je einer Woche Gefängnis, den Pro tokolldrucker Angermann zu 300 Mark Geldstrafe. Den zu Gefängnis verurteilten Angeklagten wurde eine Bewährungsfrist bewilligt, unter der Bedingung, daß Helfft eine Buße von 5000 Mark, die beiden anderen eine solche von je 3000 Mark zahlen. Das Beschlachtungsamt soll eingezogen werden.

§ Doppeltes Todesurteil. Das Schwurgericht in Aue ver urteilte den Bergmann Wilhelm Wähle und die Witwe Hein rich Rehböcker aus Homberg, die den Ehemann der letzten zucht zu vergiften versucht und ihn nach der Wühlung dieses Anschlages im Schlaf erhängt hatten, zum Tode, sowie zu je zehn Jahren Zuchthaus.

§ Das Verfahren gegen Erzbergers Mörder. Die Staats anwaltschaft in Offenburg (Baden) hat sich entschlossen, das Verfahren wegen der Ermordung Erzbergers gemeinsam mit dem Verfahren wegen Geheimbündel bei der Strafkammer in Offenburg anhängig zu machen. Man wollte ursprünglich das Verfahren wegen Geheimbündel nach München über weisen, da die Geheimorganisation „C“ in München ihren Sitz hatte. Das Verfahren wegen der Ermordung Erzbergers richtet sich gegen Kapitänleutnant v. Kallinger und Oberleutnant Werber, die der Begünstigung angeklagt sind.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

12. Febr. Wolken, teils Sonne, gelinde am Tage.
13. Febr. Trübe, naßkalt. Strichweis Niederschlag.
14. Febr. wenig verändert.
15. Febr. kaum verändert.
16. Febr. Wolken, tags milde, Niederschlag.
17. Febr. kaum verändert.
18. Febr. teils trübe, strichweis Niederschlag, tags gelinde.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Mark.

Kraftwert	Lagerbestand.		
	Herdecke	Elberkingen	Siesel
8. 2. 1922	0 t	0 t	454 t
9. 2. 1922	0 t	327 t	454 t

Kraftwert Herdecke hat 155 t und Kraftwert Elber kingen 555 t Kohle erhalten. Größere Kohlenmengen sind unterwegs. Der Vollbetrieb der Kraftwerke wird daher am Sonnabend, den 11. ds. Mts. versuchsweise wieder aufgenommen.

Schriftleitung: Wilt. Bell jr., Halver

Annahme von Spareinlagen

In jeder Höhe bei tageweiser Verzinsung. Ge bührenfreier Scheck-Kontokorrent- u. Giro-Verkehr. An- und Verkauf, Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Einlösung von Zinsscheinen. Einziehung von Schecks und Wechseln. Vermiet bare Schrankfächer unter Eigenverschluß des Mieters in der Stahlkammer der Sparkasse. Reisekreditbriefe.

Sparkasse Altena,
Sparkasse Halver,
Sparkasse Herscheid,
Sparkasse Kierspe,
Zweigstelle Kierspe-Bhf.
Amtssparkasse Lüdenscheld,
Städtische Sparkasse Lüdenscheld,
Sparkasse Meinerzhagen,
Sparkasse Nachrodt,
Sparkasse Neuenrade,
Amtssparkasse Plettenberg-Bhf.,
Städtische Sparkasse Plettenberg,
Sparkasse Rünsahl,
Sparkasse Werdohl.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)
PIANOS
mit Klangsteg
D. R. G. M. 458 493
Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelwerk
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Bekanntmachung.
Die Lieferung von Kraftstrom
für industrielle Zwecke wird am Sonnabend, den 11. d. M.
wieder aufgenommen.

Kommunales Elektrizitätswert Mark
Aktien-Gesellschaft.

Wilhelm Vogelbruch,
Halver, Langenscheid, Telefon 188

Liefert sofort ab Lager:
218.
Drillmaschinen, Düngestreuer, Weidreidmaschinen,
Ständreidmaschinen, Getreide-Reinigungsmaschinen,
Häufelmaschinen, Kreisfägen, Rübenknäuer, Zerkleiner-
pumpen, Wendepflüge, Kultivatoren, Acker- und
Bieneneggen, Mähermaschinen, Handbrechen, Buttermaschinen
Separatoren.

Walz- und Nähmaschinen.

!! Solinger Stahlwaren !!

Schären
Taschenmesser
Bestecke usw.
empfehl

Wilt. Bell jr., Halver i. W.

Achtung!

Die schwierigen und von Tag zu Tag teurer werdenden Verkehrsverhältnisse zwingen viele Kreise, sich nach einem bequemen und billigeren Verkehrs-mittel umzusehen. Jedermann kann sich kein Automobil leisten, nicht jeder ist Sportsmann genug, um sich dem schweren Motorrad anzuvertrauen. Da möchte ich nicht verfehlen, Sie auf den

(Kurier) Einbaumotor

hinzuweisen. In jedes Fahrrad in kurzer Frist einzubauen.

Alleinvertreiber für die Aemter Meinerzhagen, Kierspe, Halver u. Lüdenscheld:

Wilhelm Diebel, Kierspe-Bhf.

**Pferdeversicherungs-
Gesellschaft**
im Amte Halver.

Zahlungstermine

sind wie folgt angesetzt:

In Halver am Sonntag, den 19. Februar 1922 vorm. von 9 — 12½ Uhr, nachm. von 4 — 6 Uhr im „Gasthof zur Post“.

In Oberbrügge am Sonntag, den 26. Februar 1922, vorm. von 10 — 12½ Uhr im „Gasthof Reinecke“.

An demselben Tage, nachm. von 2 — 5 Uhr in Schalksmühle im „Gasthof Müller“.

Der Rechnungsführer:
Rob. Reininghaus.

Dienstag morgen, den 14. Februar erhalte ich

Schweine.

A. Kierspe, Halver.

Garantiert reinen
Medizinal-Lebertran

sowie

Lebertran „Emulsion“

empfiehlt

Halversche Med.-Drogerie

Carl Menke, Frankfurterstraße.

Wirtschaft

Gasthof oder ländliche Wohnung zu kaufen gesucht.

Zahle Kaufpreis sofort aus.

Off. u. S. 101 an Wilscheder Zeitung, Wilschede.

Wegen Verheiratung des jetzigen

suche zum baldigen Eintritt ein

erfahrenes älteres

Dienstmädchen.

Frau Ernst Dresbach.

Halver.